

01/25 südseite

Sanierungszeitung für die Südliche Friedrichstadt | Semt yenileme gazetesi | صحيفة اصلاح وتأهيل المنطقة

Seite 4/5 – Die Protokolle des »Austauschs« zur Situation am Mehringplatz

Seite 6/7 – Der Kiezhausmeister ist wichtig! Bleibt er am Mehringplatz?

Seite 10/11 – Wo soll sie denn fahren? Die Trampläne des Senat

Seite 13 – Kiezgeschichte: Ein Konzentrationslager an der Friedrichstraße





Editorial: Jubiläum und Abschied

Im Jahr 2014 ist die erste Ausgabe der Südseite erschienen. Das heißt: Wir feiern 10 Jahre Südseite! Seit einer Dekade begleitet die Südseite alles, was rund um das Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt passiert.

Sie informiert über das, was gut läuft. Die Rückkehr des Engels auf den Platz zum Beispiel – jene Bronzestatue, die am 19.12.2006 als ramponierte Siegesgöttin »Viktoria« den Mehringplatz verließ und als schöner Engel am 29.04.2014 zurückkehrte. Oder die Wiedereröffnung des Besselparks, der für mehr Aufenthaltsqualität und unter Berücksichtigung der Wünsche der Menschen vor Ort umgestaltet wurde. Und vor allem über das Engagement der Menschen vom Mehringplatz für ihren Kiez. Ohne diesen unermüdlichen und ehrenamtlichen Einsatz wäre so manch erfolgreiches Kapitel nicht geschrieben worden.

Die Südseite blickt aber auch auf das, was schiefliegt. So zum Beispiel auf die fast niemals enden wollende Baustelle am Mehringplatz oder den Tramplafad, der sich kurz nach Eröffnung des Mehringplatzes über den Rasen anbahnte. Wir berichteten über die inzwischen 12-jährige Geschichte der Sanierung der Kurt-Schumacher-Schule, die nicht umsonst als BER Kreuzbergs bezeichnet wird. Und natürlich über die Friedrichstraße 1–3, das im Gebiet so dringend benötigte Jugend- und Stadtteilzentrum, das vergeblich auf die Gelder für die notwendige Sanierung wartet. Wir haben immer versucht, auch die Widersprüche zu zeigen, die viele hier

zu spüren scheinen: Widersprüche zwischen »hier passiert ganz viel« und »hier geht gar nichts voran«, zwischen »alles soll besser werden« und »früher war alles besser« und zwischen »alles soll schicker werden« und »wer kann sich das noch leisten?«

Die perfekte Antwort oder Lösung haben wir dabei oft nicht. Aber darum geht es auch nicht unbedingt. Ziel und Aufgabe der Südseite ist es, dass alle Menschen im Kiez die notwendigen Informationen bekommen, die sie brauchen, um selbst eine Antwort für sich zu finden. Um miteinander ins Gespräch zu kommen. Um sich einmischen zu können, in das, was bei ihnen vor der Tür passiert. Denn eins stand für uns immer im Vordergrund: Dass die notwendigen Verbesserungen für die Menschen passieren und dass die Südliche Friedrichstadt das Zuhause für die vielen unterschiedlichen Menschen bleibt, die hier leben.

Wir hoffen, dass wir Sie über die letzten 10 Jahre gut informiert haben. Für die Herausgeberin der asum ist dieses Jubiläum auch ein Abschied. Denn asum wird die Südseite ab dem Jahr 2025 nicht mehr herausgeben. Damit verabschieden wir uns von Ihnen und sagen Danke für die letzten 10 Jahre. Ganz besonders möchten wir an dieser Stelle unsere ehemalige Kollegin Kerima Bouali würdigen, die die Südseite mit ins Leben gerufen und viele Jahre intensiv begleitet hat.

Wir freuen uns, dass die Südseite auch weiterhin über alles Wichtige im Gebiet berichten wird und werden ab jetzt in der Rolle der gespannter Leserinnen und Leser das Geschehen im Gebiet verfolgen. Charlotte Weber

Inhalt

- 3** Aktuelles
- 4/5** »Austausch« zur Situation am Mehringplatz: Die Protokolle
- 6** Wird die Arbeit des Kiezhausmeisters weiter finanziert?
- 7** Mike am Mehringplatz: ein Porträt
- 8** Haushaltssperre / Illegale Ferienwohnungen
- 9** Gewerbeporträt: Mehring-Markt
- 10/11** Straßenbahnplanung: Einmal quer über den Blücherplatz?
- 12** Urteil zu barrierefreiem Wohnraum / Der Bezirk in 3D
- 13** Kiezgeschichte: Ein Konzentrationslager in der Friedrichstraße
- 14** Kältehilfe
- 15** Eddi und die Wahl
- 16** Das Letzte

»Südseite« per Mail und im Internet

Sie möchten die aktuelle Zeitung lieber auf elektronischem Weg als PDF erhalten? Schreiben Sie uns einfach eine kurze E-Mail an redaktion-suedseite@gmx.de mit dem Stichwort »E-Versand«. Die »Südseite« findet man auch im Internet mit sämtlichen bisher erschienenen Ausgaben als PDF: www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de/links-und-downloads/sanierungszeitung-suedseite/

Impressum Südseite 01/2025

Südseite 01/2025, 11. Jahrgang
Erscheinungstermin Januar 2025

Herausgeberin: asum GmbH, Charlotte Weber (V.i.S.d.P.), Thaeerstr. 30d, 10249 Berlin, Tel. 030-29 34 31 18, info@asum-berlin.de, www.asum-berlin.de im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsanschrift: Südseite c/o U. Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel. 030-283 31 27
redaktion-suedseite@gmx.de

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf & Gestaltung: Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com

Wintermuckel am Mehringplatz

Am Mittwoch, den 27. November, hatte das Netzwerk Friedrich & Mehr zum dritten Mal die Nachbarinnen und Nachbarn im Kiez dazu eingeladen, den Wintermuckel am Mehringplatz zu feiern und damit die Winterzeit einzuläuten.

Traditionell wurde der Weihnachtsbaum auf dem Mehringplatz wieder mit Hilfe von der Berliner Feuerwehr geschmückt, auch ein Weihnachtsmann und ein Engel waren mit viel Schokolade für die Kinder gekommen. Die Partnerinnen und Partner des Netzwerks boten vielfältige Aktionen und ein buntes Programm an: So wandelte der Spielwagen 1035 e.V. den Außenbereich mit großen Matten, Rädern und Treibrettern in eine große Spielwiese, auf der Kinder toben konnten, der Chor von MINA – Leben in Vielfalt e.V. sowie eine junge Geigenspielerin sorgten für musikalische Begleitung, der von Work-Out e.V. getragene JAM Jugendtreff und Outreach 361 boten leckere Waffeln, Hot Dogs und heiße Getränke an.

An den Ständen des Projekts »Familien mit Weit.Blick« der Berliner Stadtmision und von Stadtbienen e.V. standen Spiele, Mitmachaktionen und Wissenswertes im Mittelpunkt. Besondere Highlights waren die artistische Feuershow des Kama Duos sowie die riesige rote Luftschlange, getragen von vielen Menschen, die sich kurz vor 17 Uhr rund um den Mehringplatz bewegte – eine Aktion der Forschungsgruppe der Kulturplattform feldfünf. Auch im F1 warteten vielfältige Angebote auf die Besucherinnen und Besucher: Im Hinterhof sorgte MINA e.V. mit heißer Suppe für warme Bäuche, Stadtteilmütter bastelten zusammen mit Kindern und die Gewobag lud zur Knusperhäuschen-Aktion ein.

Das Netzwerk dankt allen Mitwirkenden, die den Wintermuckel 2024 zu einem so schönen und gemütlichen Fest gemacht haben!



ULRIKE STEGLICH

Aus dem Sanierungsbeirat

Die wichtigsten Themen der letzten Sanierungsbeiratssitzung am 27. November 2024 waren:

- der Bearbeitungsstand beim Masterplanverfahren zum Block 616
- die Entwicklung einer Gewerbe- und Standortstrategie für das Gebiet
- die Stelle eines Kiezhausmeisters für das Gebiet Mehringplatz

Der nächste Sanierungsbeirat findet am Mittwoch, dem 22. Januar 2025 um 18:00 Uhr im PopUp-Bau AGB, Blücherplatz 1 statt.

Die Termine und Protokolle der Sitzungen finden Sie unter www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de

Sprechstunde Sanierungsgebiet

In der Kiezstube (Mehringplatz 7) wird einmal wöchentlich eine Sprechstunde zum Sanierungsgebiet durch den Sanierungsbeauftragten Stadtkontor angeboten. Die Sprechstunde findet jeden Mittwoch von 14 bis 17 Uhr statt.

Kostenlose Mieterberatung

Immer dienstags bietet asum für Mieterinnen und Mieter von 15 bis 17 Uhr kostenlose Sprechstunden mit einem Mietrechtsanwalt und einem Mieterberater in der Kiezstube am Mehringplatz 7 an. Die Sprechstunden können ohne vorherige Terminvereinbarung besucht werden.



CHRISTOPH ECKELT

Erst »Runder Tisch«, dann »Austausch« – und dann?

Die Protokolle des »öffentlichen Austauschs« zur Situation am Mehringplatz liegen nun vor

Am 17. Oktober 2024 hatte das Bezirksamt zum »öffentlichen Austausch« über Probleme am Mehringplatz eingeladen, anknüpfend an den »Runden Tisch«, den der »Revolutionäre Anwohner*innen Rat« (RAR) im Sommer organisiert hatte. Denn im letzten Jahr hatten sich viele Konflikte und Probleme so zugespitzt, dass für etliche hier wohnende bzw. arbeitende Menschen eine Schmerzgrenze erreicht war.

Bei diesem Runden Tisch war bereits vieles zur Sprache gekommen. Deshalb erwarteten etliche Anwohnerinnen und Anwohner, Gewerbetreibende und weitere Initiativen und Akteure rund um den Mehringplatz nun, am 17. Oktober, vom Bezirk konkrete Antworten und Lösungsvorschläge. Doch schon während des »Austauschs« und auch danach stieß die Veranstaltung des Bezirksamts auf viel Kritik, einige verließen sogar vorzeitig die Veranstaltung: u.a. wegen der Entscheidung, nach einer kurzen Einleitung die Veranstaltung an drei Thementischen fortzuführen. Die meisten Anwesenden wollten dagegen ein Gespräch in der großen Runde – auch deshalb,

weil viele Probleme miteinander zusammenhängen. Auf dem Sanierungsbeirat am 27. November formulierte die Gebietsvertretung noch einmal ihre Enttäuschung über den »Austausch«: Kritisiert wurden das Fehlen konkreter Ergebnisse, die chaotisch wirkende Organisation und die Wiederholung bereits bekannter Probleme. Zudem hatte die Gebietsvertretung den Eindruck, dass die Veranstaltung mehr auf das Deeskalieren von Kritik zielte als auf produktive Diskussionen. Gefragt wurde auch, wieso aus dem »Runden Tisch« plötzlich ein »Austausch« geworden war – schließlich ist ein Runder Tisch ein ganz anderes Format, bei dem es darum geht, gleichberechtigt und auf Augenhöhe zu reden und gemeinsam getragene Lösungen zu finden. Auf die Kritik an der Aufteilung in drei Gesprächstische hatte der Bezirk beim Austausch mit dem Hinweis reagiert, dass von allen drei Tischen Protokolle angefertigt und hinterher allen Anwesenden zugesandt würden. So würden alle über die Ergebnisse des gesamten Abends informiert. Diese Protokolle liegen nun vor. Allerdings dokumentieren sie nicht den Verlauf der Gespräche und die einzelnen Beiträge, sondern verzeichnen eher Vorschläge und Ideen, die dort geäußert wurden.

Grob lassen sich die oft beschriebenen Probleme rund um den Platz folgendermaßen zusammenfassen:

→ Probleme in den (Hoch)häusern der Gewobag und der HOWOGE: u.a. defekte Fahrstühle und Schließanlagen, Wasserschäden und Schimmelbefall, außerdem Vandalismus, Müll und Dreck in den Häusern und der unmittelbaren Umgebung, nicht besetzte Hotlines, fehlende konkrete Ansprechpartner wie z.B. Hausmeister

→ Mangelnde Perspektiven, Angebote und Freizeitmöglichkeiten insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 20 Jahren

→ Der marode Zustand der Gebäude Friedrichstr. 1-3, damit verbunden Einschränkung der Flächennutzung und der Angebote von F1 und KMA

→ Das Gefühl der Unsicherheit im öffentlichen Raum, u.a. durch Drogenkonsum, zu viele schlecht einsehbare Ecken, wilde Müllablagerungen und Verwahrlosungstendenzen z.B. in den Luftgeschossen, mangelnde Platzbeleuchtung

→ zunehmende Jugendkriminalität, v.a. durch eine bestimmte Gruppe jugendlicher bzw. junger Erwachsener, die auch durch Einschüchterungsversuche und Drohungen gegen Gewerbetreibende und Anwohner auffiel

Im Folgenden fassen wir die wesentlichen protokollierten Ergebnisse der Diskussion zusammen:

Thementisch 1: »Öffnung und Qualifizierung von öffentlichen Flächen für Jugendliche und junge Erwachsene«

Im Gebiet fehlen Angebote für Menschen von 16 bis 20 Jahren, erwünscht sind vor allem Projekte, die von Jugendlichen selbstverwaltet und in Kooperation mit ihnen entwickelt werden. Im Gespräch waren mögliche Sport- und Bewegungsangebote, die in einem Modellprojekt mit Jugendlichen entwickelt werden könnten. Dafür kämen Flächen der Galilei-Grundschule infrage (eine Öffnung des Sportplatzes dort ist allerdings nicht ohne Betreuung möglich).

Das Bezirksamt prüft derzeit die Umsetzbarkeit diverser Ideen – beispielsweise, ob auf dem Parkplatz Lindenstraße/Ecke Franz-Klühs-Straße ein Basketballkorb angebracht werden kann. Erwogen wird ebenfalls eine Umgestaltung des Parkplatzes für Jugendliche und junge Erwachsene, beispielsweise mit Modulbauten für den Aufenthalt und Sanitäreinrichtungen sowie Sportelementen. Außerdem könnten der Eingangsbereich zu den Sportflächen der Galilei-Grundschule neugestaltet und die Sportflächen in die Nutzung durch Jugendliche einbezogen werden. Die Umgestaltung würde vermutlich zwei bis drei Jahre dauern. Anwohner wiesen darauf hin, dass die Jugendlichen nicht nur Freiflächen brauchen, sondern auch witterungsgeschützte Räume, vor allem während der kalten Jahreszeit.

Die Idee, eine ehemalige Waschküche für Jugendliche zur Verfügung zu stellen, wurde inzwischen verworfen, weil die Gewobag den Raum nicht zur Verfügung stellen kann.

Eine Vielfalt an Angeboten vor Ort sei wichtig. Das Problem: Solche Projekte sind nicht Teil der Regelfinanzierung, deshalb ist die Finanzierung unklar. Solange der Kiez aber ein Quartiersmanagement- und Sanierungsgebiet ist, gibt es potenzielle Fördergelder. Die QM-Finanzierung läuft noch 3 Jahre. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten gibt es eventuell im Bereich der Jugendfördermittel.

Weitere Maßnahmen, die im Gebiet geplant sind:

→ Im nächsten Jahr soll der öffentliche Grünstreifen der Wilhelmstraße verschönert werden: Stadtmobiliar soll repariert und ergänzt werden und ein Grünschnitt erfolgen. Die Beete der Anwohnenden werden erweitert.

→ Der Bezirk hat ein übergreifendes Konzept zur flächendeckenden Verkehrsberuhigung in Friedrichshain-Kreuzberg erarbeitet. Die verkehrsberuhigenden Maßnahmen, die im Quartier geplant sind, können hier eingesehen werden:

<https://www.xhain-beruhigt.berlin/gebiete/suedliche-friedrichstadt-west/>. Einen konkreten Zeitplan, wann die Maßnahmen in der Südlichen Friedrichstadt umgesetzt werden, gibt es noch nicht.

→ Abriss der Parkpalette und Neubau auf dem Grundstück: Der Eigentümer möchte größer bauen, als quartierverträglich ist. Die aktuellen Pläne stimmen nicht mit den sozialen Sanierungszielen für das Gebiet überein, die noch bis 2026 gelten. Der Baustadtrat ist in Gesprächen mit dem Eigentümer, um zu einem Kompromiss zu finden.

Weitere Themen an diesem Tisch: Vorschläge zur Belebung des öffentlichen Raums: Reaktivierung und Ausweitung des bestehenden Wochenmarktes. Einige Anwohnende äußerten den Wunsch, ihr eigenes Gewerbe in Räumlichkeiten der HOWOGE zu eröffnen. Das Bezirksamt soll bei der Gewobag und der HOWOGE stärker auf die Lösung der oben beschriebenen Probleme drängen. Zur Vermeidung illegaler Sperrmüllablagerung soll geprüft werden, ob zentrale Sperrmüllplätze eingerichtet werden können.



CHRISTOPH ECKELT

Thementisch 2: »Soziale Arbeit und Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene«

Im Angebot von F1 und KMA existiert eine Angebotslücke für ältere Jugendliche bzw. junge Erwachsene. Die KMA entwickelt daher aktuell die Idee eines sozialpädagogisch begleiteten Projekts zur Berufsorientierung für die Zielgruppe gemeinsam mit dem ansässigen Geschäft »Bikepark«.

Dieses darf auch Zweiradmechaniker/innen ausbilden. Marcus Staiger stellte zudem eine Projektskizze für die Einrichtung einer Security/Sicherheitsdienst (SeCu)-Schule vor, die eine Ausbildung zur SeCu-Fachkraft anbietet. Diese könne eine berufliche Perspektive für Jugendliche und ein niedrigschwelliger Einstieg in das Berufsleben sein. Das Konzept lege Wert auf Demokratiebildung, Vielfalt und Verantwortungsübernahme, z.B. auch für die Sicherheit/das Sicherheitsgefühl im Kiez. Damit könne man u.a. die Zielgruppe der heute 12- bis 14-Jährigen erreichen und somit langfristig arbeiten.

Thementisch 3: »Arbeit mit Familien und Jugendgewalt«

1. Sozialarbeit/Familienarbeit: Gelobt wurden die bereits vorhandenen Angebote, etwa die Stadtteilmütter und die Arbeit des Familienzentrums tam. Es brauche jedoch mehr offene Angebote und die Stärkung der Bildungsarbeit, die bei Kitas anfängt und bis ins junge Erwachsenenalter reicht.

2. Gewalt am Platz: Viele Teilnehmende klagten über Jugendkriminalität, besonders durch eine konkrete Gruppe junger Erwachsener. Eine Erhöhung der Polizeipräsenz habe die Situation im Sommer etwas beruhigt, jedoch bestehe die wahrgenommene Belastung weiter. Anwohnende erstatten zum Teil keine Anzeige bei der Polizei, weil sie bedroht wurden. Es gab Vorschläge zur Erhöhung der Polizeipräsenz und zur Verbesserung der Wohnsituation in den umliegenden Häusern, einige wünschten sich auch eine Anerkennung des Mehringplatzes als Kriminalitäts- und Präventionsschwerpunkt, eventuell mit Videoüberwachung. Die Drogenproblematik habe sich durch die Anwesenheit des Kiezhausmeisters etwas entschärft. Geäußert wird die Sorge um Gruppen der übrigen Jugendlichen am Platz, die möglicherweise gefähr-

det sind, sich in die falsche Richtung zu entwickeln. Laut dem Leiter des Polizeiabschnitts 53 ist die spezifische Gruppe junger Erwachsener der operativen Gruppe Jugendgewalt der Direktion 5 bekannt. Ansprachen sind erfolgt, auch in Elternhäusern. Die Polizeipräsenz sei am Platz erhöht worden. Sollte die genannte Gruppe am Platz wieder präsenter werden, solle dies dem Abschnitt 53 signalisiert werden. Anonyme Anzeigen werden zwar registriert, führen aber nicht zu Strafanzeigen, weil Zeugen fehlen.

3. Wohnsituation: Mieterinnen und Mieter beklagen schlechte Wohnverhältnisse am Mehringplatz, insbesondere durch defekte Haustüren, Verschmutzungen und Lärm. Es gibt Befürchtungen, dass der geplante Zaun um den Görlitzer Park den Drogenkonsum und -handel Richtung Mehringplatz verschieben könnte.

Schlussfolgerungen:

→ Es besteht dringender Bedarf an zusätzlichen finanziellen Mitteln und Personal für Straßensozialarbeit vor Ort und die Ausweitung sozialer Angebote zur Prävention von Jugendkriminalität. Zur Verbesserung der Situation sollten restriktive und pädagogische Ansätze zusammenwirken.

→ Die Beleuchtung und der Zustand der Gebäude im Bestand der Landeswohnungsunternehmen muss dringend verbessert werden, die Einbeziehung von HOWOGE und Gewobag in die Diskussion ist dafür notwendig. (Beide waren bei der Veranstaltung nicht vertreten.)

→ Zur städtebaulichen Kriminalprävention sollen Fachleute des Landeskriminalamts (LKA) und der Wohnungsbaugesellschaften gemeinsam mit Vertretern des Bezirksamts den Platz und die Umgebung begehen und Verbesserungsmöglichkeiten erarbeiten.

Es ist keineswegs das erste Mal, dass die Probleme rund um den Mehringplatz thematisiert werden, das war in der Vergangenheit oft der Fall, in unterschiedlichen Formen. Doch bislang mangelte es vor allem an der konkreten Umsetzung von Verbesserungen und Lösungsvorschlägen. Abzuwarten bleibt, ob das diesmal erreicht werden kann – jedenfalls sollte dies das erklärte Ziel aller Beteiligten sein.

Ulrike Steglich

»Kündigung ohne Vorwarnung«

Anwohnerinnen und Anwohner des Mehringplatzes wollen »ihren« Kiezhausmeister behalten

Als Mitte Oktober der »öffentliche Austausch« zum Mehringkiez mit dem Bezirksamt stattfand, war eines der brennenden Themen auch die Stelle des Kiezhausmeisters am Mehringplatz. Kurz zuvor war bekannt geworden, dass diese Stelle zum 31.12.2024 gekündigt worden war – eine Nachricht, die für viel Unruhe und Sorge im Kiez sorgte. Teilnehmende der Veranstaltungen forderten, dass die Stelle weitergeführt wird, und machten deutlich, wie wichtig dies für die Anwohnerinnen und Anwohner des Mehringkieses ist.

Kiezhausmeister sind im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg seit 2021 im Einsatz. Die »Kiezhausmeisterei« ist ein Projekt, das das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt (SGA) gemeinsam mit der Stiftung SPI umsetzt. Die Kiezhausmeister sind mit ihren Lastenrädern im öffentlichen Raum unterwegs und kümmern sich um kleine Instandsetzungen, Reparaturen oder Beräumungen oder melden diese für eine spätere Ausführung. Laut Website des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg sollen im Jahr 2025 voraussichtlich sieben Kiezhausmeister für den Bezirk arbeiten, der Schwerpunkt ihrer Arbeit liege dabei im Görlitzer Park.

Am Mehringplatz ist die Stelle des Kiezhausmeisters ein Kooperationsprojekt zwischen dem bezirklichen Straßen- und Grünflächenamt und den beiden großen, am Platz vertretenen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften HOWOGE und Gewobag.

Doch im Herbst teilte der Bezirk mit, dass die Kosten für das Kiezhausmeisterprogramm seit der Beauftragung erheblich gestiegen seien. Die Finanzierung der erhöhten Kosten sei bisher größtenteils durch das Bezirksamt erfolgt, welches den Vertrag deshalb gekündigt habe. Das wurde beim »öffentlichen Austausch« Mitte Oktober und später auch auf dem Sanierungsbeirat am 27. November berichtet. Inzwischen war im Bezirk eine Haushaltssperre verhängt worden (siehe S. 3).

Doch nicht nur für die Anwohnerschaft, sondern auch für die Wohnungsbaugesellschaften war die Kündigung der Kiezhausmeisterstelle völlig überraschend gekommen: So kritisierte der Vertreter der Gewobag, dass das Bezirksamt den Vertrag einseitig und ohne Vorwarnung gekündigt habe. Die HOWOGE und die Gewobag hätten Bereitschaft signalisiert, künftig einen größeren Teil der Kosten zu übernehmen.

Beim »öffentlichen Austausch« Auf dem Sanierungsbeirat schlug die Gebietsvertretung vor, den Kiezhausmeister künftig direkt einzustellen und nicht über eine Firma zu beauftragen, um Kosten zu sparen. Noch im Dezember wusste der Kiezhausmeister (siehe nebenstehende Seite) selbst nicht, wie es mit seiner Stelle weitergeht.

US

»Lösung für den Mehringplatz«

Um auf die Bedeutung des Kiezhausmeisters für den Mehringplatz hinzuweisen, hat die Mieterinitiative Mehringplatz West Anfang Oktober einen dringlichen Brief an Vertreterinnen und Vertreter des Bezirksamts, der HOWOGE und der Gewobag gerichtet, den wir in Auszügen dokumentieren:

»Wir, die Mieterinitiative Mehringplatz West, haben gehört, dass der Kiezhausmeister vom Mehringplatz zum 31.12.24 gekündigt worden ist oder gekündigt werden soll. Wir sind entsetzt! Der Kiezhausmeister ist eine große Hilfe und Stütze für alle Bewohner*innen in der fragilen Situation am Mehringplatz. (...) Er ist immer erkennbar, hilfsbereit, ansprechbar, kompetent in seinem Tun auf allen Ebenen, macht seine Arbeit wunderbar!

(...) Monate hat es gedauert, bis genug Geld vorhanden und das Konzept des Kiezhausmeisters geboren war. Und oh Wunder, es fand sich ein Bewerber, unser freundlicher Kiezhausmeister mit den blauen Haaren, der diese Stelle herausragend ausfüllt. Er ist keine Notlösung, er ist die Lösung für den gebeutelten Mehringplatz, auch als Gegenpol zur Dealerschaft hier. Es darf nicht geschehen, dass aus finanziellen Gründen dieser für uns alle Bewohner so wertvolle Mensch wieder vom Mehringplatz verschwinden soll! (...)

Wir bitten Sie, sich mit Vehemenz dafür einzusetzen, dass unser Kiezhausmeister hierbleiben und seine Arbeit fortsetzen kann. Als Schrankenwächter hat er Schlüsselgewalt in Ihrem Auftrag mit positiven Auswirkungen für uns Bewohner*innen hier am gebeutelten Mehringplatz. Und darüber hinaus bringt er noch so viel positive Energie, wache Augen und Maß und Mitte für unseren Platz und die Menschen hier mit. Und er wird als Autoritätsperson anerkannt.

Bitte beenden Sie seine Ungewissheit und schlechte Jobperspektive hier vor Ort. Jemand, der so ausgezeichnete Arbeit macht, hat keine Kündigung verdient, sondern aus unserer Sicht zumindest Anerkennung und Weiterbeschäftigung und zu anderen Zeiten eine sichere Daueranstellung.«

Der Kümmerer

Kiezhausmeister Mike wird am Mehringplatz dringend benötigt



Viele kennen den Mann mit der auffälligen Brille, den bunten Haaren in wechselnden Farben und dem polnischen Akzent. Der Kiezhausmeister ist mit seinem Lastenfahrzeug voller Werkzeug ständig im Bereich Mehringplatz unterwegs. Alle nennen ihn »Mike« und das findet er gut so: »Einfach nur Mike, das reicht.«

Mike ist seit Mai vergangenen Jahres auf dem Mehringplatz aktiv und hat sich in den wenigen Monaten zu einer Institution entwickelt, die viele hier nicht mehr missen möchten. Denn er kümmert sich nicht nur um kaputten Kleinkram, sondern auch um ein geregeltes Zusammenleben. Mike sorgt zum Beispiel dafür, dass die Schranken, die die Fußgängerzone auf der südlichen Friedrichstraße und um den Mehringplatz herum absperren, von Autos nur vormittags zum Be- und Entladen passiert werden können, wie es der Bezirk beschlossen hat.

Oder er räumt die Matratzenlager aus den »Luftgeschossen« der Wohnanlagen rund um den Mehringplatz, also den Bereichen der Erdgeschosses, die nicht umbaut sind und durch die man durchlaufen und hindurchsehen kann. Für obdachlose Menschen sind das ideale Schlafplätze, weil sie überdacht und zumindest teilweise auch windgeschützt sind. Immer wieder schleppen sie große Matratzen herbei, auf denen sie sich dann mit Schlafsäcken niederlassen. Die Beseitigung dieser Matratzenlager stößt bei einigen Kreuzbergern auf Kritik, weil sie meinen, dass unsere Probleme mit Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Stadtbild auch sichtbar sein müssen und nicht einfach weggekehrt werden sollten. Allerdings sind die überdachten Durchgänge am Mehringplatz natürlich keine betreuten Notunterkünfte und nicht mit Sanitäreinrichtungen und Toiletten ausgestattet. Wenn dort regelmäßige Menschen übernachten,

fängt die Umgebung bald an unordentlich auszusehen und schlecht zu riechen. Und dann schimpfen die Leute, regen sich auf über den dreckigen Kiez und ihr Gefühl der Unsicherheit im öffentlichen Raum verstärkt sich. Wo – wie am Mehringplatz – viele Menschen auf engem Raum zusammenleben und schon deshalb Konflikte in der Luft liegen, sind solche Verunsicherungen nicht eben förderlich.

Von den meisten Anwohnenden bekommt Mike eine positive Resonanz auf seine Arbeit. Und die motiviert ihn sehr: »Hier auf dem Mehringplatz kann ich etwas bewirken.« Die Kiezhausmeister gibt es in der aktuellen Form in Friedrichshain-Kreuzberg seit 2021 (siehe nebenstehende Seite). Vergleichbare Versuche gibt es aber schon wesentlich länger: »Kiezläufer« zum Beispiel gelten schon seit Jahrzehnten als Modellprojekt für Problemquartiere. Allerdings waren die in der Regel vom Jobcenter als kurzfristige »Arbeitsbeschaffungsmaßnahme« (ABM) finanziert und meist nur auf ein oder zwei Jahre angelegt. Wer die Aufgabe mit Überzeugung und Initiative anpacken wollte, war also schnell wieder ausgemustert und deshalb meist noch schneller demotiviert. Vor dem Kiezhausmeister Mike gab es von 2012 bis 2022 am Mehringplatz einen Platzgärtner, der ebenfalls sehr beliebt war. Nach der Umgestaltung des Platzes wurde sehr darum gekämpft, wieder einen Platzgärtner zu bekommen. Schließlich wurde die Kiezhausmeisterei als Konzept für den Bezirk entwickelt.

Am Mehringplatz teilen sich der Bezirk und die beiden Wohnungsbaugesellschaften Gewobag und Howoge die Finanzierung des Kiezhausmeisters, was eigentlich auf der Hand liegt: In dem in offener Bauweise bebauten Stadtteil sind öffentliche und halböffentliche Flächen miteinander verwoben, etwa das öffentliche Straßenland und die öffentlichen Grünflächen mit den Höfen und Grünflächen sowie den Luftgeschossen der großen Wohnanlagen. Kiezhausmeister, die hier gegen Verwahrlosung und Vandalismus ankämpfen, sparen also auch den Wohnungsbaugesellschaften bares Geld – und ihren Mieterinnen und Mietern viel Ärger. Allerdings funktioniert das Kooperationsmodell der Finanzierung in der Realität leider nicht reibungslos (siehe nebenstehende Seite).

So könnte es dazu kommen, dass Mike am Mehringplatz jetzt vorübergehend seine Arbeit einstellen muss. Arbeitslos würde er freilich nicht. »Ich würde dann vermutlich auf dem Kotti eingesetzt oder im Görlitzer Park«, erzählt er. Und von da aus könnte er natürlich auch wieder an den Mehringplatz kommen, wenn sich die Finanzierung seiner Stelle geklärt habe.

Auf dem Mehringplatz arbeitet Mike wesentlich lieber, schon weil er ganz in der Nähe des Görli wohnt und es nicht gut ist, wenn einen die Arbeit bis ins eigene Wohnumfeld verfolgt. »Zur Not könnte ich aber auch jederzeit zu meinem alten Job in einer Schlosserei zurückkehren, die würden mich da sofort wieder einstellen und da würde ich sogar mehr verdienen als heute.«

CS



Illegale Ferienwohnungen

Dem Land Berlin entgehen Einnahmen
Gerichtsurteil: Umnutzungen können
auch rückwirkend rechtswidrig sein



Haushaltssperre für den Bezirk

Betroffen ist auch das Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat Ende November einen sofortigen Haushaltsstopp verhängt, weil im Jahresabschluss ein Defizit von 8,5 Millionen Euro prognostiziert wurde. Die Landeshaushaltsordnung sieht in diesem Fall die Verhängung einer Haushaltssperre vor, um Ausgaben zu reduzieren und ein Defizit zu vermeiden.

Ursachen für das Defizit sind vor allem die gestiegenen Kosten für »Bewirtschaftungsausgaben«, also beispielsweise die Reinigung in Schulgebäuden oder auch Energiekosten, die nicht vom Land getragen werden. Auch bei sozialen Transferausgaben des Jugend- und des Sozialamts, etwa bei den »Hilfen zur Erziehung« oder der Eingliederungshilfe, liegen die Kosten für den Bezirk deutlich über den Zuweisungen des Landes. Die Haushaltssperre hat keinen Einfluss auf den Erhalt bestehender Ein-

Der Landesrechnungshof hat das Land Berlin kritisiert, weil es mehr Geld ausgibt, als es hat und u.a. mögliche Einnahmequellen nicht nutzt. In seinem Jahresbericht 2024 zählt der Landesrechnungshof viele Mängel auf, die Berlin eine Menge Geld kosten.

So werde auch das Verbot, Wohnraum ohne Genehmigung als Ferienwohnung zu nutzen, was als Zweckentfremdung bezeichnet wird, kaum durchgesetzt. Laut dem Bericht gehen die Bezirke nur unzureichend gegen illegale Ferienwohnungen vor und nutzen automatisierte Verfahren – etwa, um Daten von Online-Plattformen zu Unterkünften auszuwerten – nicht systematisch oder gar nicht. Auch Hinweisen aus der Bevölkerung auf unzulässige Ferienwohnungen werde nicht konsequent nachgegangen.

Die nicht genehmigte Umnutzung von Wohnraum zu Ferienwohnungen stellt aber eine Ordnungswidrigkeit dar. Diese müsste systematisch verfolgt werden, auch mit Geldbußen, fordert der Landesrechnungshof. Vertieft geprüft hatte er zwei Bezirke, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg. Dabei gilt das Zweckentfremdungs-

richtungen, die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben und bestehender rechtlicher Verpflichtungen, oder die normale Verwaltungsarbeit. Auch bereits begonnene Bauvorhaben werden weitergeführt. Neue Projekte können jedoch vorerst nicht begonnen werden, auch neue Ausschreibungen etwa von Bauleistungen können wegen der Haushaltssperre nicht gestartet werden.

Das macht sich beispielsweise auch im Sanierungs- und Fördergebiet Südliche Friedrichstadt bemerkbar. So konnte eine Ausschreibung für Leistungen, die bisher die asum als Gebietsbetreuung und Mieterberatung für das Sanierungsgebiet erbracht hatte, aufgrund amtsinterner Verzögerungen nicht turnusgemäß neu ausgeschrieben werden. Der befristete Vertrag der asum mit dem Bezirksamt

verbot von 2014 auch rückwirkend, wie ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom Februar 2024 festgestellt hatte. Demnach könnten illegale Ferienwohnungen wieder in Mietwohnungen umgewandelt werden, auch wenn sie bereits vor Inkrafttreten des Zweckentfremdungsverbot-Gesetzes im Jahr 2014 bestanden. Im konkreten Fall ging es um ein Apartmenthaus mit 37 Wohnungen in einem Wohngebiet im Bezirk Mitte. Mittes Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (Bündnis 90/Die Grünen) sprach von einem »wegweisenden Grundsatzurteil«. Berlinweit könne dies zehntausende Wohnungen betreffen, deren Zweckentfremdung in einem Wohngebiet nicht zulässig sei.

Das 2014 erlassene Zweckentfremdungsverbot-Gesetz soll verhindern, dass der Mietwohnungsmarkt schrumpft – ob durch Leerstand oder die Umwandlung von Wohnungen in Gewerbe- und Ferienimmobilien. Das Gesetz verbietet es auch Mietern, den gemieteten Wohnraum für etwas Anderes zu nutzen als zu Wohnzwecken, insbesondere bei einer angespannten Wohnungsmarktlage. us

lief im Dezember 2024 aus, eine entsprechende Ausschreibung war bereits vorbereitet, doch die Haushaltssperre kam der Veröffentlichung zuvor. Deshalb muss das Sanierungsgebiet vorerst auf die bisherigen Leistungen der Gebietsbetreuung und Mieterberatung verzichten.

Bereits ein Jahr zuvor war Ende 2023 eine Haushaltssperre verhängt worden, um ein Defizit für 2024 zu vermeiden. Laut Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann sei der Bezirk strukturell unterfinanziert, die Summe, die der Senat den Bezirken jährlich zur Verfügung stellt, würde nicht ausreichen. Sie besteht darauf, dass »die Bezirke endlich entsprechend ihren Bedarfen finanziell ausgestattet werden«, weil sonst ihre Handlungsfähigkeit auf dem Spiel stehe. us

Der Mehring Markt hat schwer zu kämpfen

Die Ladenräume hinter dem Mehringplatz entstammen einer verflorbenen Epoche

Yamal ist sauer. Seit um die Ecke seines »Mehring Marktes« der viel größere »Başkent Supermarkt« in der Friedrichstraße 4 eröffnete, haben sich seine wirtschaftlichen Aussichten drastisch verschlechtert. »Anfangs war noch davon die Rede, dass ein spanischer Feinkostladen in die Räume direkt gegenüber des alten Edeka einziehen sollte. Das hätte ich gut gefunden. Der türkische Supermarkt jetzt aber hat ein ganz ähnliches Angebot, er macht mir direkt Konkurrenz und entzieht mir die Kundschaft. So war das mit der Wohnungsbaugesellschaft Gewobag nicht vereinbart, als wir hier aufgemacht haben!«

Auch der Betreiber des benachbarten »Bagdad Lebensmittel Obst & Gemüse« ist nicht gerade froh über die neue Konkurrenz. Er ist allerdings schon sehr viel länger am Mehringplatz präsent und hat eine Stammkundschaft von Menschen aus dem Irak, die er mit heimatischen Lebensmitteln versorgt. Yamal dagegen muss jetzt neue Ideen entwickeln, wie er den Laden am Leben halten kann. Aber auch dabei stößt er auf Hindernisse: »Wir schauen uns ständig in der ganzen Stadt nach Sonderangeboten um, die wir an unsere Kunden weitergeben können. Aber die müssen wir natürlich auch irgendwie zum Laden schaffen. Wenn die Schranke an der Friedrichstraße aber nur vormittags offen ist, behindert uns das sehr. Wieso bekommen wir Gewerbetreibenden nicht einfach einen Schlüssel? Wir leisten doch auch etwas für diesen Kiez!«

Die meisten Anwohnenden sind allerdings froh über den neuen türkischen Supermarkt in der Friedrichstraße, denn er ist deutlich größer und besser ausgestattet als die beiden kleinen Läden am Mehringplatz. Er verfügt über große Obst- und Gemüseauslagen im Außenbereich, wie sie für orientalische Einkaufsmärkte in Berlin typisch sind und die oft eine reichhaltigere und preiswertere Auswahl bieten als die meisten Discounter. Im Laden gibt es darüber hinaus eine Fleischtheke und große Kühlschränke mit leichter verderblichen Produkten. Sogar eigene Regale für Drogerieartikel und für asiatische Lebensmittel gibt es. Natürlich kommt das Sortiment in seiner Breite nicht an das des alten Edeka heran, der auf einer wesentlich größeren Grundfläche arbeiten konnte. Aber die wichtigsten Waren des täglichen Bedarfs bekommt man hier zu konkurrenzfähigen Preisen. Man muss also seine Einkäufe nicht über weite Entfernungen schleppen. Die Grundversorgung für die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnanlagen um den Mehringplatz sichert er ab. Und auch die vielen, die in der Südlichen Friedrichstadt arbeiten – ob im Jobcenter, beim Polizeiabschnitt, in der taz, bei der AOK oder in der SPD-Bundeszentrale – können hier auf dem Weg zur U-Bahn noch mal kurz das Nötigste einkaufen. Der Standort ist ja bereits als Einkaufsmöglichkeit bekannt.



Yamals Mehring Markt dagegen befindet sich in einem Bereich mit wenig Laufkundschaft. Auch von den zahlreichen Touristen zwischen Bergmannkiez, Mehringdamm, Checkpoint Charlie und dem Jüdischen Museum bekommt man hier nur vergleichsweise wenig mit. Als Hans Scharoun in den späten 1950ern die ersten Planungsentwürfe für den heutigen Mehringplatz vorlegte, ordnete er die Geschäfte zur Versorgung der Anwohnerinnen und Anwohner sozusagen auf dem Hinterhof an, also entlang der Ringstraße, die hinter dem eigentlichen Mehringplatz um ihn herumführt. Damals versorgte sich Deutschland aber auch noch überwiegend in kleinen, inhabergeführten Tante-Emma-Läden, Bäckereien, Fleischereien, Drogerien und Krämerläden. Die Preise für Lebensmittel waren bis 1966 im ganzen Land einheitlich festgelegt – in der DDR sogar noch bis 1990. Ketten mit Selbstbedienung waren in den frühen 1960ern noch selten, der Konzentrationsprozess im Lebensmittelhandel begann gerade erst. Heute dagegen teilen sich vier große Unternehmensgruppen fast 80 % der Marktanteile in Deutschland.

Am Mehringplatz ist die Marktsituation der 1960er Jahre noch im Stadtbild abzulesen. Die kleinen Läden, die meist nur Flächen unter 400 Quadratmeter haben, wechseln dort aber inzwischen recht häufig ihre Betreiber. Nicht nur der Mehring Markt hat hier schwer zu kämpfen. In einige Läden sind auch kulturelle oder nachbarschaftliche Einrichtungen eingezogen wie beispielsweise die »Kiezstube« des Sanierungsgebiets.

Die Erdgeschosszonen hat auch der Bezirk im Blick: In dessen Auftrag erarbeiten die Büros Stadtkontor und asum eine Gewerbe- und Standortstrategie für das Gebiet Südliche Friedrichstadt. Dabei geht es beispielsweise um mögliche Nutzungen leerstehender Räume und die Belebung des Mehringplatzes durch die Ermöglichung von Aktionen vor Ort, aber auch um die Unterstützung der Gewerbetreibenden vor Ort, etwa durch einen regelmäßigen »Gewerbestammtisch«, an dem sich die Geschäftsleute austauschen und gemeinsame Aktionen verabreden können und der auch für Händler wie Yamal interessant sein dürfte. cs



Die Tram kommt – Planungen laufen an

Eine neue Straßenbahnstrecke soll den oft überfüllten Bus M41 ersetzen

Ende der 2030er Jahre sollen wieder Straßenbahnen durch die Südliche Friedrichstadt fahren: Eine der neuen Strecken soll vom Potsdamer Platz über das Hallesche Tor zum Hermannplatz und weiter über die Sonnenallee bis zum Regional- und S-Bahnhof Schöneweide in Treptow führen. Dort hätte sie Anschluss an das Südostberliner Tramnetz.

Mögliche Trassenführungen wurden inzwischen grob geprüft. Die Ergebnisse dieses Grobchecks wurden am 8. November 2024 im Nachbarschaftshaus Urbanstraße vorgestellt. Auf dem Beteiligungsportal des Senats mein.berlin.de/projekte/strassenbahn-m41/ (initialSlide=1) kann man sich anschließend zwei Wochen dazu äußern. Die Kommentare und Ergebnisse der Beteiligung kann man unter folgendem Link nachlesen: <https://mein.berlin.de/projekte/strassenbahn-m41/> (initialSlide=1)

Im Vergleich der möglichen Streckenführungen erhielt fast immer die bestmögliche Variante die besten Be-

wertungen – also geradeaus vom Potsdamer Platz über die Stresemann-, die Blücher-, die Urbanstraße und die Sonnenallee bis zum S-Bahn-Ring (Bahnhof Sonnenallee) und zum S-Bahnhof Köllnische Heide (Abschnitte A, B, C). Für den nachfolgenden Abschnitt D bis zum Endbahnhof der neuen Linie, dem Regionalbahnhof Schöneweide, gibt es mehrere Alternativen der Streckenführung. Der Bahnhof liegt nicht weit entfernt von dem neuen großen Straßenbahn-Betriebshof der BVG in Adlershof, der ab 2025 schrittweise in Betrieb gehen soll. Von dort aus soll die neue Linie mit Straßenbahnzügen versorgt werden.

Auf dem größten Teil der Strecke verkehrt heute der Bus M41, weshalb auch die geplante Straßenbahn meist M41 genannt wird. Die Buslinie ist eine der am stärksten ausgelasteten Buslinien der Stadt. Ihr Takt kann zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr

nicht mehr weiter verdichtet werden, obwohl sich die Menschen im Bus immer sehr dicht drängen müssen. Eine Straßenbahn würde die Kapazität des Öffentlichen Nahverkehrs auf dieser Strecke spürbar erweitern – und damit auch dazu motivieren, nicht mehr mit dem Auto zur Arbeit zu fahren: In eine einzige Straßenbahn des neuesten Typs passen mit 312 Fahrgästen etwa so viele Menschen, wie im Berufsverkehrstau auf einer zweispurigen Straße von einem Kilometer Länge stehen (wobei die Kreuzungen noch nicht mal mitgerechnet sind).

Anders als die geplante Straßenbahn geht die Linienführung der Buslinie hinter dem Potsdamer Platz aber noch weiter bis zum Hauptbahnhof. Man fragt sich, warum nicht auch die Tram so geplant ist – zumal auch die Tramlinie M10 über die Oberbaumbrücke durch den Görlitzer Park bis zum Hermannplatz verlängert werden soll. Zusammen mit der Lückenschließung im Großen Tiergarten würde dann ein geschlossener Straßenbahnring um die historische Mitte Berlins herum zustande kommen. Doch diese Strecke müsste am Bundestag und am Kanzleramt vorbeigeführt werden. In der letzten Ausgabe hatten wir über die Straßenbahnlinien berichtet, die um das Jahr 1900 fast alle Straßen durchzogen, die im damals noch »Belle-Alliance-Platz« genannten Kreisverkehr hinter dem Halleschen Tor zusammenliefen. Nur die Wilhelmstraße mit der Reichskanzlei und den ganzen Ministerien blieben damals frei von Schienenwegen: Wiederholt sich diese Geschichte, in der Straßenbahnen nicht am politischen Machtzentrum vorbeifahren?

Auch künftig könnte der Bereich um das Hallesche Tor wieder zu einem Knotenpunkt im Tramnetz werden. Denn neben der M41 ist gegenwärtig auch eine neue Linie zwischen dem Alexanderplatz und dem Mehring-



Mögliche Trassenvarianten am Blücherplatz, Quelle (alle Pläne): Intraplan, Geoportal Berlin (Kartengrundlage)

damm geplant, die über diesen Bereich geführt werden soll. Allerdings war bei der Vorstellung der Planungen am 8. November nur von einer Abzweigung vom Spittelmarkt über die Lindenstraße zum Blücherplatz und dann weiter zum Mehringdamm die Rede. Am Spittelmarkt sollte sie Anschluss an die schon detaillierter ge-

plante Strecke Alexanderplatz – Potsdamer Platz erhalten. Diese Strecke ist jedoch erstmal den Sparzwängen des Landes Berlin zum Opfer gefallen. Eine Straßenbahn durch die Lindenstraße ist freilich nur sinnvoll, wenn sie nach dem Spittelmarkt auch weiter zum Alexanderplatz führt und dort Anschluss an das Ostberliner Tram-

netz hat. Ob auch dieses entscheidende Teilstück jetzt endgültig aus der Finanzplanung gestrichen ist oder ob es langfristig noch planerisch freigehalten werden soll, liegt wie so vieles derzeit noch im Unklaren. Auf die konkreten Planungen im Bereich Blücherplatz hat das allerdings große Auswirkungen. *Christof Schaffelder*

Schnittstelle Blücherplatz

Wie umkurvt die Tram das Hallesche Tor?

Am Blücherplatz kreuzen sich die beiden geplanten neuen Straßenbahnlinien durch die Südliche Friedrichstadt: die Linie Potsdamer Platz – S-Bhf. Schöneweide (Buslinie M41) und die langfristig geplante Nord-Süd-Straßenbahntrasse vom Spittelmarkt bis zum Mehringdamm. Mehrere Varianten von Streckenführungen über den Blücherplatz wurden vorgeschlagen.

Allerdings muss man bei der Planung der Streckenführung der M41 über den Blücherplatz mit einkalkulieren, dass man am U-Bahnhof Hallesches Tor eventuell auch eine Umsteigemöglichkeit zur Nord-Süd-Bahn benötigt. Gleichzeitig weiß man immer noch nicht, was überhaupt mit dem Blücherplatz geschehen wird. So ist bislang völlig offen, wo nun eigentlich die Zentral- und Landesbibliothek künftig ihren (gemeinsamen) Standort haben soll, was wiederum sämtliche Planungen des Bezirks für den Blücherplatz blockiert hat. Auch die Gebietsvertretung Südliche Friedrichstadt sieht u.a. deshalb eine Tramführung über den Blücherplatz äußerst kritisch. Sollte man nicht besser den Bereich großflächig freihalten und damit für künftige Entwicklungen offenhalten?

Eine Straßenbahnhaltestelle direkt auf der Hallesches-Tor-Brücke ist in keiner der Varianten vorgesehen: Dazu reicht der Platz nicht – moderne Straßenbahnzüge erreichen eine Länge von über 50 Metern.

Folgende Varianten wurden präsentiert:



--- Grenze Blücherplatz
 --- Bebauung
 --- Grünfläche
 --- Platzbereich
 U Bus
 U-Bahnhof / Bushaltestelle



--- mögliche Trassenführung Spittelmarkt – Mehringdamm
 --- mögliche Trassenführung Schöneweide – Potsdamer Platz
 --- alternative Trassenführungen Schöneweide – Potsdamer Platz
 --- mögliche Wendeanlage Straßenbahn
 --- mögliche Haltestelle



1: Minimalinvasiver Ansatz

Hier ist der städtebauliche Eingriff in den Blücherplatz gering, bestehende Verkehrswege werden genutzt. Am Landwehrkanal entsteht ein Uferstreifen für den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), in der abgebildeten Variante entlang des Tempelhofer Ufers und des Waterloo-Ufers. Möglich wäre es aber auch, das gegenüberliegende Ufer (Hallesches Ufer/ Gitschiner Straße) zu nutzen. Verschiedene Varianten der Platzierung von Haltestellen sind möglich.

2: Impuls zur Aufwertung

Hier findet eine größere Umgestaltung des Blücherplatz statt, die ein umfassendes städtebauliches Konzept voraussetzt. Stellt die »Führung der Straßenbahn über den Blücherplatz mit qualitativ hochwertiger Ausgestaltung der Bahnkörper und der Stationsanlagen« tatsächlich eine Aufwertung dar oder wird der Grünbereich nicht eher vom Rest des Platzes abgekoppelt? Auch hier sind verschiedene Varianten der Haltestellenplatzierung möglich.

3: Kombination aus 1 und 2

Es werden kleinere Anpassungen am Blücherplatz vorgenommen, die ein städtebauliches Konzept nur teilweise erfordern. Die Grünanlage wird hier umfahren. Am Landwehrkanal entsteht ein ÖPNV-Uferstreifen, eine Haltestelle wäre in dieser Variante aber nur am Waterloo-Ufer sinnvoll.



Der Bezirk in 3D

Zwei Geodatenportale stellen vielfältige Daten über Xhain zur Verfügung

Der Geodatenservice »MeinXhain« bietet bezirkliche Geodaten und Karten online. Unterschiedlichste Fachinformationen werden hier für die Öffentlichkeit nutzbar gemacht und können durch wenige Klicks miteinander kombiniert, Karteninhalte gespeichert oder mit anderen geteilt werden. So lassen sich zahlreiche Fragestellungen veranschaulichen und beantworten. Viele dieser Daten sind im öffentlichen Interesse. Sie helfen die Stadt besser zu verstehen, Politik transparenter zu machen und neue Dienste für Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Das Geoportal »MeinXhain« wurde im Dezember 2022 mit dem Berliner Verwaltungspreis ausgezeichnet. Hier kann man sich beispielsweise unter dem Menüpunkt »Themen« Daten zu unterschiedlichen Bereichen anzeigen lassen, etwa zu Verkehr, Bürgerservice, Stadtentwicklung (hier sind u.a. Bodenrichtwerte – also der ungefähre Quadratmeterpreis für Bauland – abrufbar), aber auch historische Karten und Luftbilder.

Die Karten können auch auf mobilen Endgeräten in einer optimierten Benutzeroberfläche präsentiert werden. Neu ist, dass das Stadtmodell nun auch in 3D verfügbar ist: Hier kann man sich u.a. den Bezirk bzw. einzelne Quartiere entweder im abstrahierten 3D-Modell oder im 3D-Realbild (»3D-Mesh«) darstellen lassen. Auf diese Weise kann man u.a. Gebäude Maße abfragen. Zusätzlich kann man sich beispielsweise Lärmmessungsergebnisse oder auch den Baumbestand im eigenen Kiez anzeigen lassen. Beim Baumbestand sind sogar detaillierte Daten zu den einzelnen Gewächsen wie Art, Baumhöhe und Pflanzjahr verzeichnet.

Den Geodatenservice können Sie unter <https://meinxhain3d.de/> aufrufen.

ZLB: Veranstaltungen für Kleine und Große

Im Winter verwandelt sich der Atriumgarten der Kinder- und Jugendbibliothek der ZLB am Blücherplatz in einen Märchengarten: In einer mongolischen Jurte können Kinder den Geschichten und Märchen aus aller Welt lauschen. Bei der Veranstaltungsreihe »Wortschätze – Erzählstunden in der Jurte« tragen professionelle Erzählerinnen wöchentlich Märchen und Geschichten aus vielen verschiedenen Kulturen vor: Für die Kleinsten ab 3 Jahren bis März jeden Mittwoch ab 17 Uhr, für die Größeren ab fünf Jahren jeden Samstag ab 15 Uhr. Der Eintritt ist kostenfrei, die Teilnahme ist jedoch nur mit vorheriger Anmeldung (unter info@zlb.de) und nur in Begleitung von maximal 3 Kindern ab dem angegebenen Mindestalter möglich.

Für Erwachsene bietet die Bibliothek die Filmreihe »PopUp-Kino«: Im PopUp AGB werden sowohl populäre als auch weniger bekannte Kinofilme aus dem Bestand der Cinemathek gezeigt. Dazu bringen Bibliotheksmitarbeiterinnen und -arbeiter eine Auswahl an Filmen mit und sammeln Ihre Ideen. Anschließend stimmen Sie ab, welchen Film Sie sehen möchten. So wird am Donnerstag, dem 6. Februar auf Wunsch des Publikums der Filmklassiker »Christiane F. – Wir Kinder vom Bahnhof Zoo« gezeigt (BRD 1981, Regie: Uli Edel, FSK: ab 16 J.) Die Veranstaltung beginnt um 16 Uhr. Für weitere Filmwünsche steht eine Wunschbox bereit – oder Sie schreiben einfach an film@zlb.de.

Mehr Info unter www.zlb.de

Entschädigung wegen Diskriminierung

Wohnungsbaugesellschaft hat Mieter zwei Jahre lang Rollstuhlrampe verweigert

Eine Berliner Wohnungsbaugesellschaft muss einem Mieter 11.000 Euro Entschädigung wegen Diskriminierung aufgrund seiner Behinderung zahlen. Die Entschädigung wurde dem Mieter, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist, vom Landgericht zugesprochen, weil die Wohnungsbaugesellschaft die Genehmigung zum Anbau einer Rampe an dem in Kreuzberg gelegenen Haus mehr als zwei Jahre lang verweigert hat.

Weil der Mieter die sechs Treppenstufen zum Eingang nicht selbstständig bewältigen konnte, war er jedes Mal, wenn er das Mietshaus betreten oder verlassen wollte, auf fremde Hilfe angewiesen. Dadurch, so das Gericht, sei er in seiner Bewegungs- und Handlungsfreiheit stark eingeschränkt gewesen. Die Wohnungsbaugesellschaft habe zwei Jahre lang »hartnäckig die Zustimmung zum Bau der Rampe aus pauschalen Gründen« abgelehnt, die für das Gericht »nicht ansatzweise zu überzeugen vermochten«. Die Wohnungsbaugesellschaft habe so den Mieter »durch Unterlassen unmittelbar benachteiligt«. Im Vergleich zu anderen Mietern ohne körperliche Behinderung sei dem Kläger der Zugang zur Wohnung rechtswidrig versagt worden.

Grundlage für die Gerichtsentscheidung war das zivilrechtliche Benachteiligungsverbot nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). In einem weiteren Verfahren hatte das Landgericht Berlin die Vermieterin zudem bereits verpflichtet, dem Anbau einer Rampe zuzustimmen.

Kiezesgeschichte:

Die »Blutburg« in der Friedrichstraße 234

Die ersten Konzentrationslager der Nazis hießen nicht Oranienburg, Dachau oder Buchenwald. Sie befanden sich vielmehr mitten in der Stadt, auch in Berlin, und hatten bürgerliche Adressen: Friedrichstraße 234 etwa, oder Hedemannstraße 31. Allein in Berlin existierten im Frühjahr 1933 nachweislich über 200 solcher »wilden Konzentrationslager« und Folterkeller: in Hinterzimmern von Kneipen und SA-Sturmlokalen, in Kellern von Mietshäusern, in Vereinsheimen, in ehemaligen Gewerkschaftshäusern.

Die 1921 gegründete »Sturmabteilung«, kurz SA genannt, war der straff organisierte paramilitärische Arm der NSDAP. Schon vor 1933 hatte die SA politisch Andersdenkende oder auch jüdisch aussehende Menschen auf offener Straße zusammengeschlagen und mit Saal- und Straßenschlachten, Aufmärschen, Überfallkommandos und brutalen Gewaltexzessen für Terror gesorgt. Sie rekrutierte vor allem junge, oft arbeitslose Männer und wuchs u. a. durch die Weltwirtschaftskrise und trotz kurzzeitiger Verbote rasant an: von etwa 15.000 Mann im Jahr 1925 auf 455.000 Mann im Sommer 1932. Zu ihnen gehörten auch die Brüder und Lebensmittelhändler Hermann und Paul Gutschow. Die Gutschows waren eine Händlerfamilie: Ein A. Gutschow, offenbar der Vater der Brüder, hatte im Jahr 1895 in der Friedrichstraße 17 ein stattliches Geschäftshaus errichten lassen, das heute unter

Denkmalschutz steht. Dieses Gebäude ging ab 1925 in den Besitz von »Gutschow junior« über. Außerdem besaßen die Brüder den Gebäudekomplex Friedrichstraße 234 genau gegenüber der Nummer 17. Seit dem Sommer 1932 hatten die Brüder Gutschow Lager- und Speicherräume auf dem Grundstück für den Kreuzberger SA-Sturmbann III/8 unentgeltlich als Exerzierschuppen und ab Januar 1933 als SA-Heim zur Verfügung gestellt. Ab Anfang März 1933 wurde es als frühes Konzentrationslager genutzt, die Folterstätte wurde bald unter dem Namen »Blutburg« berüchtigt. In den Wochen und Monaten nach der Machtübergabe an Hitlers NSDAP im Januar 1933 und seiner Ernennung zum Reichskanzler wüteten die Nazis in vielen deutschen Städten mit hemmungslosem Terror. Eine gigantische Verhaftungswelle überrollte das Land: Schätzungen gehen von einer Gesamtzahl von über 100.000 Inhaftierten aus. Neben der polizeilichen »Schutzhaft« als staatlich organisierte Verfolgung politischer Gegner nahm die SA »wilde« Verhaftungen vor und rächte sich an ihren Gegnern: Wahllos wurden Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter in SA-Lokale und -Heime verschleppt und dort bestialisch gefoltert oder auch ermordet. Allein in die »Blutburg« waren schon Anfang März 1933 mehr als 100 Menschen verschleppt worden. Am 6. März 1933 (dem Tag nach den Reichstagswahlen, die bereits unter den Vorzeichen von Diktatur und Terror stand) nahm der Pressefotograf Georg Pahl das hier abgebildete Foto auf – eines der wenigen Bildzeugnisse des frühen Terrors von 1933. Kurt Buchmüller, ein SA-Sturmbannführer, sagte nach dem Krieg vor Gericht aus, dass »Reporter« Fotos von Gefange-

nen im »Lagerraum« der Friedrichstraße 234 machten. Auch der Kommunist Ernst Langguth, der am 8. oder 9. März aus der »Blutburg« entlassen wurde, erinnert sich, dass ein Pressevertreter Gefangene fotografiert hatte. Unbekannt ist, warum gerade Georg Pahl Zugang und Fotoerlaubnis erhielt. Details der Aufnahme lassen darauf schließen, dass die hier fotografierten Männer erst vor kurzer Zeit eingeliefert wurden. Was dann mit ihnen geschah, ist nicht bekannt. Wohl aber ist überliefert, was sich in einer Folterstätte in unmittelbarer Nähe, nämlich der Hedemannstraße 31, abspielte. Dort hatten sich Anwohner über nächtliche Schreie beschwert, wiederholt seien auch Menschen aus dem vierten Stock des Hauses gesprungen. Die Polizei wurde alarmiert. Rudolf Diels, damals Chef der »Geheimen Staatspolizei« (Gestapo), der durchaus mit der SA und SS zusammenarbeitete und auch Häftlinge an SA-Kommandos auslieferte, sah sich dennoch ab und an veranlasst, gegen einige der schlimmsten Folterstätten vorzugehen – so auch in der Hedemannstraße. Seine Eindrücke dort beschrieb er nach dem Krieg in dem Buch »Lucifer ante portas«:

»Die Opfer (...) waren tagelang stehend in enge Schränke gesperrt worden, um ihre »Geständnisse« zu erpressen. Die »Vernehmungen« hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummi knüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen. Eingeschlagene Zähne und gebrochene Knochen legten von den Torturen Zeugnis ab. Als wir eintraten, lagen diese lebenden Skelette reihenweise mit eiternden Wunden auf dem faulenden Stroh. Es gab keinen, dessen Körper nicht vom Kopf bis zu den Füßen die blauen, gelben und grünen Male der unmenschlichen Prügel an sich trug. Bei vielen waren die Augen zugeschwollen, und unter den Nasenlöchern klebten Krusten geronnenen Blutes. Es gab kein Stöhnen und Klagen mehr; nur starres Warten auf das Ende oder auf neue Prügel. Jeder einzelne mußte auf die bereitgestellten Einsatzwagen getragen werden; sie waren des Gehens nicht mehr fähig. (...) Die Schutzpolizisten hatte der Anblick dieser Hölle stumm gemacht.«

Die Friedrichstraße 234 wurde gegen Kriegsende zerstört. Heute erinnert nur noch eine Gedenktafel an die einstige »Blutburg«.





Tausend Plätze reichen nicht

Wenn es richtig kalt wird, ist das Angebot der Berliner Kältehilfe zu knapp

In Berlin stehen auch in diesem Jahr zahlreiche Einrichtungen der Kältehilfe für Notübernachtungen zur Verfügung. Aber es ist abzusehen, dass die Kapazität an den kältesten Tagen und Nächten des Jahres wieder nicht ausreichen wird.

So waren bereits im November die insgesamt 1010 Übernachtungsplätze in den 39 Einrichtungen der Kältehilfe zu 91,1 % ausgelastet. Der November ist aber mit durchschnittlich 5,6 Grad in Berlin noch vergleichsweise mild, richtig kalt wurde es erst am Ende des Monats. Eine über den ganzen Monat gerechnete Auslastung von über 90 % bedeutet in diesem Fall also: An den kalten Tagen reichte die Kapazität nicht aus, um allen hier Schutzsuchenden Obdach zu gewähren.

Richtig kalt wird es bei uns aber vor allem im Januar und im Februar. Während starker Frosteinbrüche kommt es regelmäßig zu großem Andrang in den Einrichtungen, die dann nicht alle aufnehmen können. Besonders problematisch ist die Situation für suchtkranke Menschen, die von den regulären Einrichtungen zumeist abgewiesen werden. Die Aufsichtspersonen dort würden sich nämlich strafbar ma-

chen, wenn sie den Konsum harter Drogen in ihren Einrichtungen dulden. Das wird dann auch zum Problem für die Sicherheitskräfte: Wenn suchtkranke Obdachlose in Treppenhäusern nächtigen, kann man keine Notübernachtung für sie organisieren. Man kann sie andererseits aber auch nicht so einfach auf die Straße setzen, weil das ihre Gesundheit und möglicherweise sogar ihr Leben gefährden würde. In der Ohlauer Straße sollte deshalb in einem Modellversuch eine Notübernachtung für suchtkranke Menschen mit eigenen Drogenkonsumräumen eingerichtet werden. Angesichts der Finanzprobleme der Stadt konnte dieser Versuch aber leider nicht realisiert werden. Vermutlich hätte sie auch nicht ausgereicht: die normale Notübernachtung in der Ohlauer Straße, die von den Johannitern betrieben wird, ist auch so permanent ausgelastet.

Über das aktuelle Angebot an Notübernachtungsplätzen informiert die Website kaeltehilfe-berlin.de.

Spenden für die Notübernachtungen

Die Kosten steigen, die Zuwendungen des Staates aber nicht und der Andrang wird immer größer. Die Anbieter von Notübernachtungen für obdachlose Menschen sind dringend auf Geldspenden angewiesen. In Friedrichshain-Kreuzberg sind in diesem Bereich u.a. folgende Organisationen aktiv:

- Berliner Stadtmission: berliner-stadtmission.de
- Arbeiterwohlfahrt KV Berlin Spree-Wuhle e. V.: www.awo-spreewuhle.de
- FSD-Stiftung: www.fsd-stiftung.de
- Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V.: www.diakonie-stadtmitte.de/
- Johanniter: www.johanniter.de/
- Unterschlupf e.V.: <https://unterschlupf-kreuzberg.de/>

Adressaten von Sachspenden kann man über die Website der Berliner Kältehilfe ermitteln: kaeltehilfe-berlin.de/spenden

Schauen Sie nicht weg!

Wenn Sie vermuten, dass eine obdachlose Person Hilfe benötigt, sprechen Sie sie höflich an und fragen, ob sie etwas braucht oder Hilfe annehmen will. Bitte handeln Sie, wenn Sie eine Gefährdung der Person befürchten!

Notfallnummern:

- Kältebus der Berliner Stadtmission: Tel. (030) 690333690, täglich von 20 bis 02 Uhr
- Wärmebus des Deutschen Roten Kreuzes: Tel. (030) 6003001010, täglich von 18 bis 24 Uhr
- Kältehilfetelefon der Berliner Kältehilfe: Tel. (030) 34397140, täglich von 19 bis 23 Uhr
- KARUNA Sub – Buslinie für Obdachlose: Tel. 0157-86605080, Montag – Freitag von 09 bis 16 Uhr
- Hilfe Hotline für obdachlose Menschen: Tel. 0157-80597870, Montag – Freitag 9 bis 17 Uhr

Wenn eine Person hilflos wirkt, nicht ansprechbar ist bzw. sich oder andere möglicherweise in eine akute Gefahrensituation bringt, kann von einer Notfallsituation ausgegangen werden.

Im Notfall wählen Sie:

- 110 (Polizei) oder
- 112 (Feuerwehr/Rettungsdienst)

Weitere Informationen zur medizinischen Versorgung von obdachlosen Menschen gibt es auf der Website: obdachlosigkeit-macht-krank.de.



Eddi will wählen!

Hallo, hier ist wieder Euer Eddi vom Mehringplatz.

Normalerweise darf niemand mit normalen Straßenschuhen in die Sporthalle unserer Schule. Wenn man nur einen Schritt hinein macht, wird man schon angeraunt: »In die Sporthalle nur mit Sportschuhen!« Das scheint aber nur für Kinder zu gelten. Viele Erwachsene kümmern sich nicht um diese Regel, zum Beispiel neulich bei unserem Adventsbasar! Demnächst kommen wieder ganz viele in unsere Turnhalle. Dann ist dort Bundestagswahl. Das hat uns unsere Lehrerin gesagt. Ich habe sie dann gefragt, ob die Leute dann ihre Schuhe ausziehen, wenn sie die Halle betreten. Sie sagte dann, nach der Wahl werde dort ganz besonders gründlich geputzt.

Anschließend haben wir über Wahlen und Demokratie gesprochen. Auch unsere Klassensprecherin Doha ist ja von uns gewählt worden. Die Großen, also die in der 5. und 6. Klasse, wählen auch einen Schulsprecher oder eine Schulsprecherin. Warum nicht auch die aus der vierten Klasse mitwählen dürfen, weiß ich nicht.

Ich habe dann unsere Lehrerin gefragt, warum wir Kinder bei der Bundestagswahl nicht mitwählen dürfen. Schließlich gehen uns die Gesetze und Regeln, die der Bundestag beschließt, ja auch etwas an.

Bei der letzten Bundestagswahl war mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten über 55 Jahre alt, hat unsere Lehrerin noch erzählt – also fast so alt wie meine Oma! Wenn in Deutschland die Omas und Opas bestimmen, dann wundert es mich nicht, dass Familien und Kinder es hier oft so schwer haben. Manche sind deshalb dafür, dass auch Kinder den Bundestag mitwählen dürfen. Für die Babys und Kitakinder, die noch nicht lesen können, was auf dem Wahlzettel steht, könnten ja die Eltern das Kreuz machen. Das fände ich ganz gut. Und meine Mama oder mein Papa können auch ruhig zu mir in die Wahlkabine kommen. Mein großer Bruder dagegen würde beim Wählen wahrscheinlich lieber allein sein. Das würden wir aber hinkriegen in der Familie. Und ich würde natürlich Pantoffeln mitbringen und in unserer Sporthalle meine Straßenschuhe ausziehen!

Beteiligt Euch an der Jugendwahl »U18«!

Vor jeder Europa-, Bundestags- und Landtagswahl finden auch Wahlen für Kinder und Jugendliche statt. Die Stimmen zählen zwar nicht für die »richtige« Wahl, die Ergebnisse lassen aber erkennen, wie die Parteien aktuell bei den Kindern und Jugendlichen ankommen.

Auch vor der Europawahl am 9. Juni 2024 gab es eine Jugendwahl. In Berlin haben sich daran 20.971 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren beteiligt, denn mit 16 durften man schon an der richtigen Europawahl teilnehmen. Dabei schnitt in Berlin die SPD am besten ab, sie erhielt bei der »U16« 19,2 % der Stimmen, bei der Europawahl der Erwachsenen aber nur 13,2 %. Auch die Berliner Ergebnisse der Linken und der Tierschutzpartei lagen bei den Jugendlichen über denen der Erwachsenen. Für die AfD, für die Grünen und die CDU stimmten weniger Kinder und Jugendliche als bei den Erwachsenen.

Im Gebiet um den Mehringplatz konnte man damals in der Kinder- und Jugendbibliothek der ZLB seine Stimme abgeben, auch in der Otto-Wels-Grundschule (das ist die neben dem Lobecksportplatz) gab es ein öffentliches Wahllokal für die Kinder und Jugendlichen unter 16. In anderen Schulen konnten oft nur die eigenen Schülerinnen und Schüler wählen gehen. Welche Schulen und Einrichtungen bei der »U18« vor der Bundestagswahl im Februar mitmachen, wird im Internet unter »u18.org« veröffentlicht. Die U18-Wahlwoche findet zwischen dem 7. und dem 14. Februar 2025 statt. Auch in der KiJuBi, in der Kinder- und Jugendbibliothek der AGB am Blücherplatz, können Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 17 Jahren mitmachen: Das U18-Wahllokal für Kinder und Jugendliche ist dort vom 10. bis 13. Februar täglich 15–18 Uhr geöffnet.

Euer Eddi, das Erdmännchen

Von Autobahnen, Teekannen und Wahlen

Nicht gebaute Straßen können manchmal überaus erfreuliche Folgen haben (an dieser Stelle einen schönen Gruß an den Senat und die A100-Pläne).

Zum Beispiel am südlichen Ende der Friedrichstraße, wo der Theodor-Wolff-Park als grüne Oase im dicht bevölkerten Quartier zum Durchatmen, Bolzen oder einfach Herumsitzen einlädt.

Zu verdanken ist die Oase gleich zweimal der Widerspenstigkeit der Kreuzberger Bevölkerung: Denn wäre es nach dem Westberliner Flächennutzungsplan von 1965 gegangen, hätte hier eine überdimensionierte Bundesautobahn, die sogenannte »Südtangente« eine breite Schneise durchs Gebiet geschlagen. Allerdings gab es seit den 1970er Jahren so massiven Widerstand gegen den Kahlschlag, dass man schließlich darauf verzichtete. Doch noch einmal bedurfte es des breiten Bürgerprotests: Im Zuge der Internationalen Bauausstellung (IBA) 1987 war eigentlich eine Blockrandbebauung entlang der Friedrichstraße vorgesehen. Nach Protesten der Anwohner wurden die Planungen nochmals zugunsten von Freiflächen geändert: dem Besselpark und dem Theodor-Wolff-Park.

In letzterem findet man eines der originelleren Beispiele für Kunst im öffentlichen Raum: die überdimensionierte Kanne mit dazugehöriger Tasse. Der Bildhauer Heinrich Brummack, der die Skulptur schuf, muss ein sehr heiterer, humorvoller Mann gewesen sein: So steht im süddeutschen Westerkappeln, wo er 20 Jahre lang lebte, eines seiner bekanntesten Werke: der »Goldene Hasenbrunnen« mit einem riesigen Mümmelmann in Dukaten-gold, der entfernt an die Osterhasen einer bekannten Schweizer Schokoladenmarke erinnert. Jedoch hielt sich die Begeisterung der braven Wester-



CHRISTOPH ECKELT

kappeller arg in Grenzen: Womöglich hatten sie sich etwas Erhabeneres, Ernsthafteres gewünscht als einen (allerdings ausgesprochen hübschen) Hoppelhasen.

Anders in Berlin: Die Kanne samt Tasse im Theodor-Wolff-Park wurde mit Sympathie aufgenommen, zumal das Werk als Brunnen konzipiert war, wobei aus der Kanne Wasser in die Tasse sprudelte. Mit dem kleinen Schönheitsfehler, dass bei Wind die Flüssigkeit eher neben der Tasse landete, aber sei's drum. Jedenfalls schien das Werk die Phantasie zu beflügeln, denn irgendwie kam plötzlich der Bandwurmname »Nichtgeburtstagskaffeekanne« für das Werk auf und eine Verbindung zu »Alice im Wunderland« wurde hergestellt. Was verwundert, denn im Buch »Alice im Wunderland« wird selbstverständlich Tee getrunken – schließlich lebte der Autor Lewis Carroll im England des 19. Jahrhunderts. Vor allem aber: Im gesamten Buch ist nirgends von einer »Nichtgeburtstagskaffeekanne« oder einem »Nicht-Geburtstag« die Rede! Dagegen gibt es eine überaus skurrile Teerunde, deren Teilnehmer ein Hutmacher, ein verrückter Märzhase und eine übermüdete Haselmaus sind. Die Szene endet damit, dass der Hutmacher und der verrückte Märzhase versuchen, die schon wieder schlafende Haselmaus in die Teekanne zu stopfen. Seit meiner Kindheit gehört dieses höchst witzige Kapitel zu meinen Lieblingsstellen in »Alice im Wunderland«, zumal meine alte Buchausgabe, in der ich noch heute gerne blättere, großartig von Frans

Haacken illustriert war. (Neulich stellte ich fest, dass der gezeichnete Hutmacher darin ein bisschen wie Friedrich Merz aussieht, aber das nur nebenbei.)

Allerdings gibt es eine Disney-Verfilmung von »Alice im Wunderland«, in der ein »Nicht-Geburtstag« einfach hinzuerfunden wurde – vermutlich inspiriert von Carrolls zweitem Buch »Alice hinter den Spiegeln«, wo Alice irgendwann auf Humpty-Dumpty trifft, der ihr ein »un-birthday present«, ein Nichtgeburtstagsgeschenk überreicht. Offenbar kennen mehr Menschen den Disney-Film als das Buch. Doch auch wenn weder Märzhase, Hutmacher noch Haselmaus in der Nähe der Kanne auftauchen, träumt man sich im Geist doch eine große, nicht enden wollende Teerunde in diesem Park herbei, ein Picknick rund um die Kanne mit sehr vielen Menschen an einem sonnigen Frühlingstag ...

So schlendern, während man im Theodor-Wolff-Park steht, die Gedanken durch den Kopf. Und wandern schließlich zu Theodor Wolff selbst, dem großen Publizisten der Weimarer Republik und Chefredakteur des »Berliner Tageblatts«, nach dem heute einer der wichtigsten Journalistenpreise der Bundesrepublik benannt ist. Theodor Wolff verkörperte alles, was die Nazis hassten: als Intellektueller, als entschiedener Demokrat und als Jude. Vor der Reichstagswahl 1932 warnte er: »Wenn heute der Nationalsozialismus triumphiert und von nun ab (...) seinen Willen diktieren kann, dann werdet ihr, solange diese Herrschaft dauern wird, nicht mehr zur Wahl gehen, nicht mehr eure Meinung in die Waagschale werfen dürfen – dann wird man die letzten Reste eurer Freiheit und eurer Bürgerrechte zerschlagen und, mit den brutalen Mitteln, die ihr kennt, euch zu dumpfem Gehorsam, zu schweigender Unterwerfung zwingen.« Elf Jahre später wurde er im französischen Exil von der dortigen Polizei denunziert und ausgeliefert, er starb im September 1943 in einer Berliner Gestapo-Zelle. Bevor er 1933 durch seine Emigration nur knapp dem Naziterror entging, hatte er ein letztes Mal vor der Wahl im März 33 an seine Leser appelliert: »Geht hin und wählt!«

Dem ist, so kurz vor der Bundestagswahl, auch heute nichts hinzuzufügen.